

## Kosten im Rahmen der Schätzung

### Landrat Christian Meißner: nur geringe Abweichung zu realen Klinikum-Kosten / Thema „Windenergie“

**LICHTENFELS** - Die realen Kosten für das neue Klinikum wurden gestern dem Kreisausschuss vorgestellt. Mit 114,344 Millionen Euro seien die Schätzungen mit einer nur geringen Abweichung bestätigt worden, stellte Landrat Christian Meißner fest.

Der Ausschuss stimmte der „Haushaltsunterlage-Bau“ einstimmig zu und beauftragte die Verwaltung, die entsprechenden Finanzierungsverträge mit der Klinikum GmbH dem aktuellen Kostenstand anzupassen.

Laut Schätzung im Dezember 2009 betragen die Kosten knapp 98 Millionen Euro. Kreiskämmerer Holger Stingl legte jetzt die Kostenmehrung vor. Der Ersatzneubau mit Heizzentrale wurde rund 3,5 Millionen Euro teurer. Für den Hubschrauberlandeplatz einschließlich der Änderung der Außenanlagen müssen 2,8 Millionen Euro aufgewendet werden. Das Parkhaus schlägt mit 4,13 Millionen Euro zu Buche und das Green Hospital mit 8,77 Millionen.

Zu den Gesamtkosten sei zu bemerken, dass seit Beginn der Kostenschätzung im August 2008 bis zur angenommenen Mitte der Bauzeit im August 2014 von einer Preissteigerung im Baukostenindex von zehn Prozent ausgegangen wird, welche die Fördersumme durch den Freistaat Bayern von rund 69,8 auf etwa 76,78 Millionen Euro ansteigen lassen könnten, erläuterte der Kämmerer.

Die Finanzierung des Parkhauses habe der Kreisausschuss in seiner Sitzung im September 2011 beschlossen. Für den ursprünglichen Eigenanteil des Landkreises/Klinik-GmbH in Höhe von rund 28,1 Millionen Euro habe der Landkreis Lichtenfels bereits 14 Millionen Euro tatsächlich aufgenommen oder als Forward Darlehen gesichert. Die Auszahlung der Darlehen erfolge schrittweise bis zum 28. Juni 2013.

Unter Berücksichtigung der Gesamtfinanzierung und der zusätzlichen Maßnahmen ergebe sich eine Erhöhung beim Eigenanteil Landkreis/Klinik-GmbH von 3,53 Millionen Euro, sagte Stingl. Zur Finanzierung dieses Betrages stehen rund 1,8 Millionen Euro freie Mittel in der allgemeinen Rücklage zur Verfügung. Der weitere Zuschuss des Landkreises in Höhe von 1,13 Millionen Euro für den Parkhausneubau könne ebenfalls der allgemeinen Rücklage entnommen werden.

Der Kreisausschuss befasste sich erneut mit der Windenergie. Landrat Meißner machte deutlich, dass der Landkreis lediglich zu der Planung Stellung nehmen könne, man wolle in die Planungshoheit der Kommunen nicht eingreifen. Doch sei ein Konsens wünschenswert. Er warnte vor der Einschätzung, dass jetzt, nach dem der Regionalplan Oberfranken Ost vorliege, Windräder gebaut werden können.

Erst müsse das Genehmigungsverfahren eingeleitet werden. Erstmals wurde ein Plan gezeigt, der beide Regionalpläne mit den Vorranggebieten in Oberfranken Ost und West umfasst. Meißner bedauerte, dass Oberfranken West ein halbes Jahr früher in den Regionalplan aufgenommen wurde und bereits die ersten Anlagen baue.

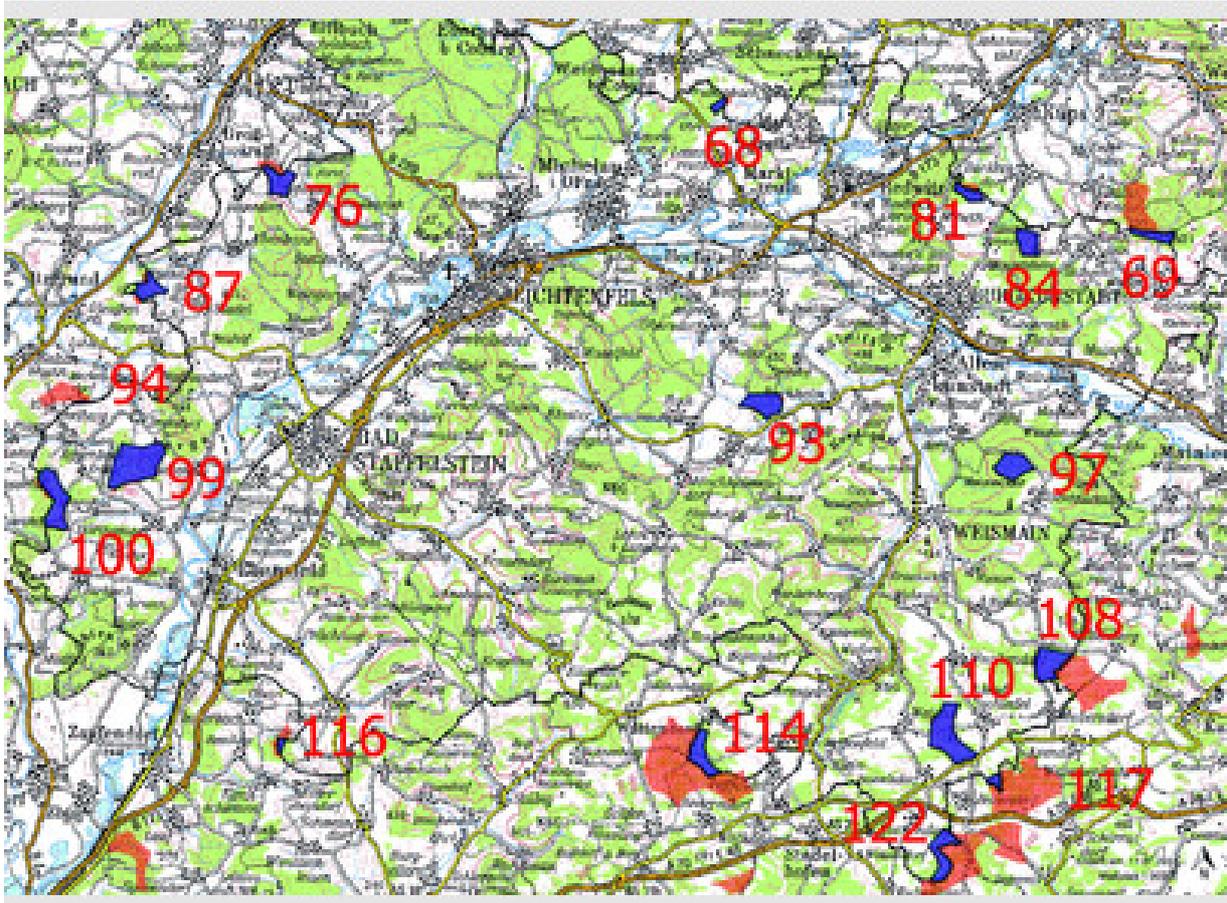
„Wir werden vor vollendete Tatsachen gestellt“, kritisierte der Landrat. Das sei insbesondere im Bereich Modschiedel der Stadt Weismain der Fall. Die Kommune werde regelrecht von Vorranggebieten beider Planungsregionen „umzingelt“. Die Ortschaften Modschiedel und Seubersdorf würden von 582 Hektar Vorrangflächen eingerahmt. Der Ausschuss beschloss die Flächen Nr. 99 Draisdorf-Süd und Nr. 110 Modschiedel-West wegen der negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu streichen.

Ein weiterer Beschluss bezog sich auf die Abstände zwischen Kreisstraßen und den Vorrangflächen, die mit 150 Metern zu gering seien. Das Gremium folgte den Hinweisen zu Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen, die 390 Meter empfehlen, wenn die Nabenhöhe 140 Meter und der Rotordurchmesser 120 Meter betragen. Der nach dem Windenergie-Erlass erforderliche Abstand zu den Kreisstraßen müsse eingehalten werden, so der Beschluss. Hierbei seien auch die Planungen des Landkreises zum Bau einer Ortsumgehung von Modschiedel im Zuge des Ausbaus der Kreisstraße LIF 13 zu berücksichtigen.

## Thema „Stromleitung“

Der Kreisausschuss nahm von den ergänzenden Raumordnungsverfahren für den Neubau einer 380-Kilovolt-Leitung im Abschnitt Landesgrenze Thüringen-Umspannwerk Redwitz zur Kenntnis. Diese modifizierte Trassenführung führt westlich von Marktgraitz zu einer neuen Belastung in einem bisher von Hochspannungsleitungen unberührten, für das Landschaftsbild bedeutsamen Raum.

Der Ausschuss beantragte, den Vorschlag des Marktes Marktgraitz zu prüfen, der eine Verschiebung der Trasse nach Westen beinhaltet. Alternativ wurde angeregt, in diesem Bereich die Möglichkeit einer Verlegung von Erdkabeln zu prüfen. -sz-



Die Unterlagen für die Vorrangflächen für Windkraftanlagen (mit Nummerierung) wurden im Kreisausschuss vorgestellt. Foto: sz